A3 – Wessis enteignen – Ostdeutsche Immobilien in ostdeutsche Hände!

Die Eigentumsverhältnisse in Ostdeutschland sind bis heute von den Veränderungen nach der Wiedervereinigung geprägt. Viele Wohnungen und Grundstücke wurden privatisiert und an finanzstarke private Eigentümer*innen oder große Wohnungsunternehmen verkauft. Die Menschen vor Ort konnten häufig kaum mitentscheiden, was mit ihren Wohnungen und Städten passiert.

Bis heute haben Menschen in Ostdeutschland im Durchschnitt weniger Vermögen und seltener Wohneigentum als Menschen in Westdeutschland. Gleichzeitig steigen in vielen ostdeutschen Großstädten die Mieten. Immer mehr Menschen werden aus ihren Vierteln verdrängt, während große Unternehmen und private Investor*innen mit Wohnraum Gewinne machen. So fließt bis heute ein relevanter Teil der Mieteinnahmen und damit der Löhne vom Osten direkt zu reichen Eigentümern oder Konzernen, die häufig im Westen Deutschlands sitzen.

Wir wollen, dass Wohnungen und Häuser den Menschen dienen und nicht der Gewinnmaximierung. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Brandenburg:

1. **Mehr Wohnungen in öffentlicher und gemeinschaftlicher Hand:** Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen sollen gestärkt werden. Immobilienkonzerne mit über 3.000 Wohnungen sollen vergesellschaftet werden und die Wohnungen sollen in kommunale Hand überführt werden.
2. **Mieter*innen und Kommunen stärken:** Mieter*innen, Genossenschaften und Kommunen sollen bessere Möglichkeiten bekommen, Wohnungen zu kaufen. Vorkaufsrechte sollen ausgebaut und die Umwandlung von Mietwohnungen in Spekulationsobjekte verhindert werden.
3. **Privatisierungen nach der Wiedervereinigung umdrehen:** Große Wohnimmobilienbestände (mehr als 100), die zwischen 1990 und 2010

erworben wurden und von denen bis heute finanziell profitiert wird, sollen ebenfalls vergesellschaftet werden.

4. **Unterschiede zwischen den Regionen berücksichtigen:** Während die Mieten in vielen Großstädten steigen, gibt es in anderen Regionen viel Leerstand. Wohnungspolitik muss auf diese unterschiedlichen Situationen eingehen.

5. **Leerstand unter Strafe stellen, Wohnraum darf nicht leer stehen:** Wo Menschen keine Wohnung finden, stehen Wohnungen mehr als 6 Monate leer und dem Wohnungsmarkt nicht zur Verfügung. Wenn in diesen keine Baumaßnahmen stattfinden, sollen diese Gemeineigentum werden. Aktuell wissen Städte und Gemeinden oftmals gar nicht, welche Wohnungen überhaupt leerstehen und wie teuer Wohnungen vermietet werden. Ein Mietenkataster für ganz Deutschland muss daher erhoben und regelmäßig aktualisiert werden.

Unser Ziel ist nicht, Menschen wegen ihrer Herkunft aus Westdeutschland zu benachteiligen. Wir wollen die Macht großer Immobilienunternehmen und reicher Eigentümer*innen begrenzen. Wohnungen und Häuser sollen stärker den Menschen gehören, die dort leben und arbeiten.

Begründung

Nach der Wiedervereinigung wurden viele Wohnungen und Grundstücke in Ostdeutschland verkauft. Die Bevölkerung vor Ort hatte dabei oft wenig Einfluss darauf, wer die Immobilien bekam und wie sie künftig genutzt wurden. Viele Menschen konnten ihre eigene Wohnung nicht kaufen, während private Eigentümer*innen und große Unternehmen große Bestände übernahmen.

Diese Entscheidungen wirken bis heute nach. Menschen in Ostdeutschland haben im Durchschnitt weniger Vermögen und seltener Wohneigentum als Menschen in Westdeutschland. Wer eine Wohnung besitzt, kann von steigenden Immobilienpreisen profitieren und Vermögen aufbauen. Wer zur Miete wohnt, muss dagegen immer mehr Geld für das Wohnen ausgeben. Das zeigt sich beispielsweise bei den Erbschaften: 142,5 Milliarden Euro wurden letztes Jahr in Westdeutschland vererbt oder verschenkt, während es in Ostdeutschland nur 8 Milliarden waren.

Besonders in Städten wie Leipzig, Dresden, Potsdam, Jena und Rostock wird bezahlbarer Wohnraum zunehmend knapp. Steigende Mieten und die Spekulation mit Immobilien verdrängen Menschen aus ihren Vierteln. Gleichzeitig fließen Gewinne häufig an Eigentümer*innen und Unternehmen, die nicht vor Ort leben. Unsere Städte dürfen keine reinen Anlageobjekte sein.

Dabei sind die Bedingungen in Ostdeutschland unterschiedlich: In manchen Städten fehlen Wohnungen, während andere Regionen mit Leerstand und Bevölkerungsrückgang kämpfen. Deshalb brauchen wir eine Wohnungspolitik, die auf die jeweilige Situation eingeht.

Für uns ist entscheidend, dass die Menschen vor Ort mehr mitbestimmen können. Wir wollen mehr kommunales und genossenschaftliches Eigentum, bessere Rechte für Mieter*innen und klare Grenzen für Spekulation. Wo große Immobilienbestände dem Gemeinwohl im Weg stehen, muss auch Vergesellschaftung eine Möglichkeit sein.

Ostdeutsche Immobilien in ostdeutsche Hände bedeutet für uns: Wohnen und Boden sollen den Menschen vor Ort zugutekommen – statt vor allem den Gewinnen großer Konzerne und reicher Eigentümer*innen.

Glossar:

1. Eigentumsverhältnisse: Beschreibt, wem etwas gehört, zum Beispiel Wohnungen, Häuser oder Grundstücke.

2. Privatisierung: Wenn etwas, das dem Staat oder einer Kommune gehört, in privaten Besitz übergeht, zum Beispiel durch einen Verkauf.

3. Finanzstarke Eigentümer*innen: Menschen oder Unternehmen, die viel Geld zur Verfügung haben und sich deshalb viele Immobilien leisten können.

4. Wohneigentum: Eine Wohnung oder ein Haus, das einer Person selbst gehört und nicht nur gemietet wird.

5. Mietenkataster: Ein Mietenkataster ist eine digitale Datenbank, die Mietwohnungen in einer Stadt erfasst, um Überhöhungsmieten zu erkennen und die Einhaltung der Mietpreisbremse zu überwachen.

5. Investor*innen: Menschen oder Unternehmen, die Geld einsetzen, um später mehr Geld damit zu verdienen, zum Beispiel durch den Kauf von Immobilien.

6. Gewinnmaximierung: Das Ziel, mit etwas möglichst viel Geld zu verdienen.

7. Kommunale Wohnungsunternehmen: Unternehmen, die einer Stadt oder Gemeinde gehören und Wohnungen vermieten.

8. Genossenschaften: Zusammenschlüsse von Menschen, die gemeinsam etwas besitzen oder betreiben. Wohnungsgenossenschaften bieten ihren Mitgliedern Wohnraum und Mitbestimmung.

9. Vergesellschaftung: Wenn Eigentum in gemeinschaftliche Verantwortung überführt wird, damit es stärker dem Wohl der Gesellschaft dient.

10. Spekulation: Wenn Menschen etwas kaufen, vor allem in der Hoffnung, es später teurer weiterzuverkaufen oder damit hohe Gewinne zu erzielen. Bei Immobilien kann das zu höheren Preisen und Mieten beitragen.